

Verabschiedung Doppelhaushalt 2015/16

Heinrich Jöckel, Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion, es gilt das gesprochene Wort

Stadtratssitzung am 15.12.2014

Anrede,

die heutige Verabschiedung des Doppelhaushaltes erfolgt in einem in jeder Beziehung schwierigen Umfeld.

Da ist zunächst die sehr indifferente wirtschaftliche Situation - national wie international und weltweit. Während vor wenigen Wochen die Konjunktur in Deutschland schwächelte stehen einschlägige Indikatoren jetzt zum Jahresende wieder auf gelb oder sogar auf grün. Die chemische Industrie hat im letzten Quartal kräftig aufgeholt. Die Wachstumsprognosen für 2015 sind verhalten optimistisch. Ein großes Unsicherheitspotential bringen demgegenüber die Konflikte im Irak und in Syrien, die Humankatastrophen in Afrika und der nach wie vor schwelende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine mit sich. Ungewiss ist auch, wie sich die Energiepreise und der Erdölpreis in den nächsten Monaten entwickeln. So erfreulich der aktuelle Tiefstand gerade des Erdölpreises auch sein mag, viele Experten erwarten einen ebenso schnellen Preisanstieg in naher Zukunft. Positiv zu vermerken ist die Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland. Diese ist auf einem Höchststand angelangt. Auch darf auf kurze Sicht davon ausgegangen werden, dass das niedrige Zinsniveau uns noch geraume Zeit erhalten bleibt; ein Umstand, der uns beim Finanz- und Schuldenmanagement hilft.

Legt man den Fokus auf unsere Stadt – wo steht sie in dem Gesamtkontext, wie ist unsere Ausgangslage zu bewerten – so stellt man zunächst fest: Ludwigshafen ist nach wie vor ein wirtschaftsstarker Standort und eine zum Wohnen und Leben attraktive Stadt in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Das Bestreben der CDU-Stadtratsfraktion war und ist es, diese Positionierung unserer Stadt zu stärken und weiter auszubauen. Trotz schwieriger Rahmen- und Haushaltsbedingungen sind wir hier weiter vorangekommen. Als Beleg hierfür verweise ich auf das zuletzt von der „Wirtschaftswoche“ Anfang Dezember veröffentlichte Städteranking. Bereits seit über zehn Jahre wird dieses Ranking der deutschen Großstädte nach Niveau- und Dynamikentwicklung veröffentlicht, wobei die erfolgreichsten Standorte gesucht werden. Während unsere Stadt im Niveauvergleich im Mittelfeld liegt, belegt sie im Dynamikvergleich Rang 8 unter den 69 untersuchten Großstädten. Im Dynamikranking zeigt sich, welche Städte sich in den vergangenen fünf Jahren am besten entwickelt haben. Ludwigshafen liegt hier unter den TOP 10! Natürlich sind solche Rankings immer auch kritisch zu bewerten und auszuwerten. Das Ergebnis als solches macht Mut, stimmt zuversichtlich und gibt eine Meinungstendenz vor. Ludwigshafen wird bundesweit als interessanter Standort wahrgenommen. Das ist das entscheidende und darauf kommt es im Wettbewerb der Standorte an.

Im krassen Gegensatz zu diesen positiven Entwicklungen steht, dass unsere wirtschaftsstarke Stadt zu den 20 am höchsten verschuldeten Städten in Deutschland gehört. Die alles überragenden Gründe hierfür sind:

1. Eine total fehlgeleitete Finanzverfassung, die viel zu wenig die notwendigen Ausgaben und Bedürfnisse der Kommunen berücksichtigt.
2. Die nach wie vor rasant steigenden Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich und darauf resultierend...
3. ein nach wie vor von Jahr zu Jahr anwachsendes strukturelles Defizit, das mittlerweile bei gut und gerne 110 Mio. Euro liegt. 110 Mio. Euro laufende Kosten für staatliche Pflichtaufgaben, die weder durch Zuweisung des Bundes noch des Landes ausgeglichen werden.

Es bleibt daher bei den mittlerweile altbekannten und immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen:

1. nach einer grundlegenden Reform der Gemeindefinanzierung hin zu einer bedarfsgerechten Ausstattung der Kommunen
2. nach einer flächendeckenden Verankerung des Prinzips „Wer bestellt, bezahlt“
3. nach einer gerechten Aufteilung der Bau- und Unterhaltslasten für regional bedeutsame Infrastruktureinrichtungen, wo bislang die Baulastträgerschaft bei einem einzigen kommunalen Träger liegt. Ich denke hier z. B. an die Berufsbildenden Schulen, die einzig von dem Oberzentrum Ludwigshafen vorgehalten, von allen aber aus der Region jedoch genutzt werden.

Wir dürfen nicht nachlassen, auf diesen Forderungen zu bestehen und sie – auf welchem Weg auch immer - einzufordern. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüßt es daher ausdrücklich, dass die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer vor wenigen Wochen dem Aktionsbündnis „Raus aus den Städten – für die Würde unserer Stadt“ beigetreten sind. Die Städte haben sich hier eine parteiübergreifende Plattform geschaffen, um auf die fremdbestimmten strukturellen Defizite aufmerksam zu machen.

So willkommen Verbesserungen bei der Finanzausstattung in einzelnen Bereichen sind – etwa die stärkere Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft – so wichtig ist es demgegenüber, weitere Änderungen zu Gunsten der Kommunen zu fordern. Und: Noch wichtiger ist es, dass Verbesserungen schnell kommen und schnell wirksam werden. Finanziell und bilanziell steht uns nach wie vor das Wasser bis zum Hals. Setzt sich die Entwicklung des Jahresfehlbetrages in den nächsten Jahren so fort, wie in den Jahren seit 2012, so ist das per 31.12.2013 bilanzierte Eigenkapital von 666,0 Mio. Euro in 10, spätestens in 12 Jahren aufgebraucht. Die Stadt wäre dann bankrott. Dies kann niemand ernsthaft wollen!

Deswegen unterstützen wir den Konsolidierungskurs der Verwaltung. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn hier auch neue Wege beschritten werden. Hierzu zählt die vor wenigen Wochen platzierte Anleihe der Stadt über 150 Mio. Euro. Es war äußerst sinnvoll, bestehende Kredite mit kurzer Laufzeit und entsprechendem Zins durch längerfristige Kredite abzulösen. Auf lange Sicht wird damit eine klare Kalkulationsbasis geschaffen. Das historisch niedrige Zinsniveau wird möglichst optimal auf eine lange Zeitachse projiziert genutzt. Erfreulich ist die übergroße Nachfrage nach der Anleihe. Neben überregionalen Instituten haben auch die regional verwurzelten Banken und die Sparkasse Vorderpfalz gezeichnet. Dies ist ein gutes und ermutigendes Zeichen. Die Investoren bringen der Stadt Vertrauen entgegen. Dies spricht für die Bonität unserer Stadt.

Wir werden das vom Stadtvorstand angestoßene Projekt „Neue Ressourcensteuerung“ konstruktiv und aufgeschlossen begleiten. Hier liegt ein langer Weg vor allen Beteiligten. Wir wissen, dass viele Mitarbeiter mit Sorge in diesen Prozess gehen und sich auf ihn einlassen. Viele Mitarbeiter sind geprägt von den Erfahrungen mit ähnlich gelagerten Projekten, die länger oder weniger lang zurückliegen. Nur: nichts tun kann nicht die Alternative sein. Zu groß sind die sich hier auftuenden Probleme. Dazu zählt auch der demografische Wandel, der massiv die Personalstruktur der Verwaltung und die Personalbeschaffung für die Verwaltung beeinflussen wird. Die Berichterstattung in der Tagespresse vor wenigen Tagen zu diesem Thema hat dies eindrucksvoll und für jedermann nachvollziehbar dargelegt. Aufgelegt wird das Projekt „bottom up“, d. h. der Prozess verläuft von unten nach oben. Von Anfang an sollen alle Mitarbeiter beteiligt werden. Die Einbeziehung des Personalrates in jeder Phase des Prozesses ist dabei für uns selbstverständlich. Über eine Aufgabenkritik und –analyse sollen Maßnahmen beschlossen, umgesetzt und so Verbesserungen herbeigeführt werden. Ziel ist es, für die Menschen in dieser Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger eine Verwaltung zu kreieren, die modern aufgestellt, mit modernen Arbeitsmethoden und -techniken die Aufgaben einer Kommunalverwaltung im 21. Jahrhundert effizient und zufriedenstellend erfüllt. Ich bitte alle Mitarbeiter, möglichst offen und offensiv an diesem Projekt mitzuarbeiten. Auch wir Vertreter der Politik werden uns - nicht zuletzt aus Verantwortung für unsere Stadt – hier in die Pflicht nehmen lassen.

Mit dem Antrag zur Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsbetriebes unter Tagesordnungspunkt 14 der heutigen Sitzung setzen die Fraktionen von CDU und SPD hier ein erstes Zeichen. Integriert in das Projekt „Neue Ressourcensteuerung“ soll der WBL für die Zukunft klar positioniert werden. Es bietet sich geradezu an, den Eigenbetrieb WBL jetzt gezielt und konzentriert unter die Lupe zu nehmen und möglichst schon für das Wirtschaftsjahr 2016 konkrete weitergehende Schritte folgen zu lassen. Unser Ziel ist, dass die vielfältigen Leistungen des WBL für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auch langfristig in einer hohen Dienstleistungsqualität zu vertretbaren Konditionen erbracht werden.

Zur Verantwortung für diese Stadt zählt auch, dass wir mit diesem Doppelhaushalt die Vorgaben des kommunalen Entschuldungsfonds einhalten. „Pacta sunt servanda“ – Verträge sind einzuhalten. Es fällt uns nicht leicht, um diesem Grundsatz gerecht zu werden, zum Mittel der Gewerbesteuer greifen zu müssen. Die CDU steht für eine moderate Abgaben- und Steuerpolitik. Wir haben in der Vergangenheit die Höhe und die Anhebung der Sätze und Entgelte wo immer möglich möglichst lange konstant gehalten. Falls erforderlich, haben wir uns stets für moderate Erhöhungen eingesetzt. Dies gilt auch für die heute zu beschließende Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 405 Hebesatzpunkte. Der Hebesatz in Ludwigshafen war in den letzten drei Jahren konstant. Das künftige Hebesatzniveau ist immer noch unter dem durchschnittlichen Satz vergleichbarer Städte in Rheinland Pfalz. Der Abstand zu Mannheim (430 %) ist mit 25 Punkten immer noch beträchtlich. Und ich füge hinzu: so beträchtlich, dass der zukünftige Hebesatz, wenn überhaupt, nur geringe Auswirkungen auf die Bewertung und Wertschätzung unserer Stadt als Investitions- und Wirtschaftsstandort haben wird.

Die Reaktionen aus der Wirtschaft, auch von Seiten des größten Gewerbesteuer-zahlers, der BASF, bestärken uns in dieser Auffassung. Niemand kann erwarten, dass Unternehmen, werden die belastenden Abgabenerhöhungen öffentlich, begeistert „Hurra“ schreien und die für die Erhöhung Verantwortlichen mit Lob überschütten. Kritik war zu erwarten, sie war aber moderat. Letztendlich erkennt auch die Wirtschaft an, was unsere Stadt im Gegenzug für die generierten Steuereinnahmen leistet und vorhält.

Zu diesen Leistungen zählt eine vorzügliche Verkehrsinfrastruktur. Ludwigshafen hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Sehr gut ist auch die Anbindung durch den ÖPNV und auf der Schiene. Hinzu kommen die Bildungseinrichtungen. Neben den allgemeinbildenden Schulen erwähne ich besonders die berufsbildenden Schulen. Für die Wirtschaft von Bedeutung ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier haben wir – wie bereits erwähnt – große Fortschritte gemacht. Und wir investieren weiter in diese Infrastruktur. So ist die Elektrifizierung und S-Bahn-Anbindung der südlichen Werkseinfahrt der BASF beschlossene Sache. Die Brunckstraße wird in den nächsten zwei Jahren saniert. Und natürlich das Mammutprojekt Hochstraße Nord. Auch die Wirtschaft hat die überragende Bedeutung dieser Verkehrsachse erkannt und eine gemeinschaftliche Finanzierung gefordert.

Die CDU und die ganz große Mehrheit dieses Rates weiß um die Bedeutung und schätzen es außerordentlich, dass der weltgrößte Chemieverbundstandort in Ludwigshafen ist. Die Stadt ist mit der BASF und die BASF mit der Stadt gewachsen. 2015 wird die BASF 150 Jahre alt. Ich bin mir sicher, nahezu alle Menschen in unserer Stadt freut dies und sie freuen sich auf dieses Ereignis. Die Gründe hierfür mögen individuell und vielfältig sein. Letztendlich münden sie alle in eine positive Emotionalität und Verbundenheit mit dem Unternehmen – als gebürtiger Oppauer, dort aufgewachsen, der nach wie vor mit seiner Familie in diesem Stadtteil wohnt, glaube ich, dies einschätzen zu können.

Es leuchtet ein, dass dieses Jubiläum internationaler begangen wird als dasjenige vor 25 oder gar 50 Jahren. Die Globalisierung der Wirtschaft ist in den letzten Jahren massiv vorangeschritten. Die Grundlage für diese Internationalisierung wurde aber zu einem Großteil am Standort Ludwigshafen geschaffen und erwirtschaftet. Es ist daher gut, dass aus Anlass des Jubiläums die Verbundenheit mit dem Stammwerk Ludwigshafen zum Ausdruck kommen wird. Ebenso legitim ist es aber auch, darüber hinaus auf eine gewisse Gemeinwohlorientierung jeden unternehmerischen Handelns hinzuweisen. Es ist auch diese Gemeinwohlorientierung, die prägend für die soziale Marktwirtschaft ist. Seit über 60 Jahren ermöglicht diese Wirtschaftsordnung wirtschaftlichen Erfolg und sozialstaatliches Handeln. Die soziale Marktwirtschaft wirkt gesellschaftlich stabilisierend und ausgleichend – ein Modell, um das uns viele beneiden und das wir uns als Wert erhalten sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wenden wir uns der Ausgabenseite des Doppelhaushaltes 2015/2016 zu, stellen wir fest: Gestaltungsspielräume sind so gut wie nicht mehr gegeben. Pflichtaufgaben und dringend erforderliche Investitionen fressen alles auf. Die Quote der freiwilligen Leistungen liegt 2015 bei 7,2 %, 2016 nur noch bei 7,1 % aller Aufwendungen. Mit dem sogenannten freiwilligen Leistungen aber gestalten wir eigentlich vorrangig das kommunale Leben, die Gemeinschaft unserer Stadt. Sie sind das "Salz in der Suppe" der Kommunalpolitik. Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ist angesichts solcher Zahlen nicht nur gefährdet, sie ist ausgehöhlt und eine leere Hülse.

Und dennoch: Die CDU bleibt dabei: Sport, Kultur, die freien Träger, ehrenamtliches Engagement im Sozial- und Jugendbereich sowie ein vielfältiges Vereinsleben sind für eine Stadt, für die Menschen in ihr unverzichtbar. Hier wird Lebensqualität und Identität mit dem lokalen Umfeld aufgebaut und gepflegt. Deswegen bleiben die Zuschüsse und Ansätze auch in den nächsten beiden Jahren unverändert. Weitere Kürzungen in diesen Bereichen wird es mit uns nicht geben.

Eine große Herausforderung für uns wird im nächsten und in den folgenden Jahren der nach wie vor zunehmende Strom Flüchtlingen sein, die aus den Krisengebieten dieser Welt zu uns kommen. Tendenz: Steigend. Keine Frage: Wir wollen, wir werden, ja wir müssen diesen Menschen helfen. Dazu verpflichtet uns der gemeinsame Wertekodex, wie er letztendlich auch in unserer Verfassung verankert ist. Die CDU steht zu dem Beschluss dieses Stadtrates aus dem April 2014, wonach diese Menschen in zentralen Unterkünften menschenwürdig untergebracht werden sollen. Fest steht bereits, dass wir in die Unterkunft an der Mannheimer Straße 3,15 Millionen Euro investieren. Weitere 11 Millionen Euro für Investitionen sind in den nächsten zwei Jahren geplant. Eine weitere dezentrale Unterkunft ist in der Wattstraße geplant. Auch die weiteren Kosten für die Betreuung und sonstigen Leistungen müssen von uns erbracht werden. Auf Dauer aber kann die Stadt diese Belastungen nicht alleine schultern. Ende November hat die Bundesregierung für die nächsten zwei Jahre eine Milliarde Euro an Hilfen für die Kommunen zugesagt. Über die Aufteilung dieser Gelder ist noch nicht entschieden. Wir erwarten, dass Mainz diese Unterstützung vollumfänglich an die Städte und Gemeinden weiter gibt.

Auch in den nächsten beiden Jahren setzt die CDU weiter auf die Schwerpunkt Kinder, Jugend und Bildung.

Die Stadtbibliothek ist die bestbesuchte und genutzte Bildungseinrichtung unserer Stadt. Ihre Sanierung wird weiter fortgesetzt. Der zweite Bauabschnitt, der auch das Ludwig Reichert Haus umfasst, wird im Laufe des Jahres 2016 folgen. Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Wir werden den Ausbau des Betreuungsangebots für unsere Kinder konsequent vorantreiben. Im zu Ende gehenden Jahr haben wir hier große Fortschritte gemacht. So wurden zuletzt 15 kirchliche Kindertagesstätten – sieben in katholischer und acht in protestantischer Trägerschaft – umgebaut und erweitert. Die GAG, unser städtisches Wohnungsbauunternehmen, wurde hier auf der Grundlage von Erbbaurechtsverträgen für die Stadt tätig. Vor wenigen Wochen gingen 13 Einrichtungen wieder in Betrieb, zwei folgen in den nächsten Wochen und Monaten. Für die nächsten 30 Jahre übernimmt die GAG auch die Betriebskosten. Die Kirchen werden damit vom Bauunterhalt entlastet, behalten die Trägerschaft sowie die Verantwortung für das Personal und die pädagogische Ausrichtung. Förderung der Kirchen war ist uns auch in Zukunft wichtig. Die CDU steht für Subsidiarität und Trägervielfalt. Neben einer Erhöhung des Betreuungsangebots wollen wir auch dessen Qualität sichern. Mit dieser Aktion wurden 1.250 neue Kindertagesstättenplätze geschaffen. Darunter 246 für zweijährige. Mit Abschluss dieser Ausbaurunde stehen in Laufe des Jahres 2015 insgesamt 6.329 Plätze in unserer Stadt zur Verfügung. Dem Ausbauziel von 6.569 Plätzen sind wir dann schon ziemlich nahe. Wir hoffen, dass wir auch Realisierung der dringend erforderlichen Kindertagesstätte in Süd in den nächsten zwei Jahren entscheidend näher kommen. Wir begrüßen die Ankündigung der Verwaltung, mit Ende der zweiten Ausbaustufe im Laufe des Jahres 2015 eine dritte Ausbaustufe anfügen zu wollen. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Weiterentwicklung der familienfreundlichen Stadt Ludwigshafen ist eines der Zukunftsthemen!

Auch im Schulbereich setzen wir, wenn auch mit etwas verminderter Kraft, den begonnenen Weg der Sanierung und Ertüchtigung konsequent weiter fort. So verausgaben wir in diesem Bereich 2015 etwas 5,13 Millionen Euro. Für 2016 sind hier 7,91 Millionen Euro vorgesehen. Ein Schwerpunkt bilden hier die Ausgaben für die Realschule Plus, die veränderte Schulraumkonzeption erfordert.

Während die Schulsozialarbeit im Doppelhaushalt fest etabliert ist und deren Fortsetzung, die dringend notwendig ist, sichergestellt ist, tut sich im Bereich des Übergangs von Schule zum Beruf – dem früheren KÜM Projekt – eine Lücke auf. Schon jetzt ist bedauerlich und unglücklich, dass für das laufende Schuljahr eine Anschlussfinanzierung nicht sicherzustellen war. Die Fortsetzung dieser Arbeit, die in der Vergangenheit zählbare Erfolge brachte, ist dringend geboten. Deswegen haben die Fraktionen von CDU und SPD einen gemeinsamen Antrag hier in die heutige Sitzung eingebracht. In diesem Antrag bitten wir die Verwaltung, zu Sicherstellung der Finanzierung einer Berufslotsenstelle an den Schulstandorten Realschule Plus am Ebertpark sowie einen weiteren Stelle am Schulstandort IGS Edigheim Haushaltsmittel einzustellen oder sonst eine Finanzierung sicher zu stellen. In den nichtöffentlichen Beratungen des Haushalts im Hauptausschuss hat die Verwaltung signalisiert, dass sie insoweit durchaus Möglichkeiten sieht.

Überhaupt müssen wir noch intensiver darüber nachdenken, wie am besten Langzeitarbeitslosigkeit vermieden und auch wie dieser menschenunwürdige Zustand beendet werden kann. Zu viele Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener - durchschnittlich mehr als 5500 in jedem Monat – finden auf Dauer keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt. Während in der Region um uns herum die Beschäftigung boomt, ist unsere Stadt von diesem Aufschwung ganz offensichtlich abgekoppelt. Die Bundesregierung hat im Herbst ein Paket zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beschlossen. Die Maßnahmen reichen vom Coaching des Einzelnen über Lohnkostenzuschüsse für Unternehmen bis zur Förderung flexiblerer Arbeitszeitmodelle.

33000 Menschen sollen so gefördert werden. Wir wollen, dass von dieser Förderung etwas in unserer Stadt ankommt. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gilt es, tragfähige, auf die Bedürfnisse der Betroffenen und der Stadt zugeschnittene Konzepte zu erarbeiten, die greifen und mittelfristig auch zu zählbaren und spürbaren Erfolgen führen.

Weiter geht es unseren nächsten beiden Jahren auch mit der Sanierung der Stadtbibliothek. Der zweite Bauabschnitt, der auch das Ludwigs Reichert Haus umfasst, wird im Laufe des Jahres 2016 folgen. Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Äußerst erfreulich ist auch, dass doch ein Weg gefunden wurde, die dringend notwendige Sanierung des Umkleidetракtes im Willersinnbad, den sogenannten dritten Bauabschnitt, in Angriff zu nehmen. Für die Jahre 2016 und 2017 hat das Land hier eine Förderung von jeweils 400.000 Euro zugesagt. Der notwendige Umbau der Hochstraße Nord an oberster Stell. Die Jahre 2015 und 2016 werden dazu genutzt werden, die dringend notwendigen vorbereitenden Schritte hin zu einer konkreten Planung zu vollziehen. In Angriff genommen werden muss hier aber auch im Sinne einer endgültigen Entscheidung die Frage der Finanzierung. Nach wie vor fehlen hier die Endgültigen verlässlichen Auslagen von Bund und Land. Richtig im Sinne einer möglichst breiten Transparenz war die Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung zu Stadtstraße im Frühjahr dieses Jahres. Die Auswertung dieser Bürgerbeteiligung muss nun folgen. Die Frage wie mit den eingegangenen Anregungen umgegangen wird, muss geklärt werden. Die CDU-Fraktion wird den weiteren Prozess konstruktiv begleiten.

Auch dem Ausbau der Linie 10 werden wir in den nächsten beiden Haushaltsjahren entscheidend näher kommen. Mit der eigentlichen Investition soll in 2016 begonnen werden. Wir stehen zu diesem Projekt. Wir sehen in dieser ÖPNV Maßnahme einen wichtigen Baustein zur Aufwertung des Stadtteil Friesenheims. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die neu gestalteten und sanierten Gebiete in der Ebertsiedlung, den Hohenzollernhöfe, den Neuen Hofgärten. Diese Wohngebiete sind gefragt und werden stark nachgefragt. Mit ausschlaggebend dafür ist auch neben der Nähe zum Arbeitsplatz BASF auch die Nähe zur Stadt und deren gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.

Die von den Ortsbeiräten beschlossenen Ausbauprogramme werden von der CDU-Stadtratsfraktion mitgetragen. Wir stehen dazu, dass diese Programme festzulegen, das originäre Recht der Ortsbeiräte sein soll. Wir verhehlen jedoch an dieser Stelle nicht, dass uns die mit den Programmen einhergehende eine oder andere Erhöhung der Ausbaubeiträge zu massiv ausfällt. Hier hat der ein oder andere Ortsbeirat die in früheren Jahren durchaus zu verzeichnende Ausgabendisziplin vermissen lassen.

Die in der Innenstadt sich abzeichnenden Privatinvestitionen werden der Weiterentwicklung einen deutlichen positiven Impuls geben. Die Ergebnisse der Beratungsfirmen CIMA und GIU werden in den nächsten Wochen vorliegen. Wir erhoffen uns auch davon Hinweise und Empfehlungen, mit welchen begleitenden Maßnahmen die Umorientierung der Innenstadt unterstützt werden kann.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 setzt nach unserer Meinung im Rahmen des Möglichen die richtigen Schwerpunkte. Die wenigen engen Spielräume werden sinnvoll genutzt. Wir werden mit diesen Planungen der Verantwortung für die Stadt und die hier lebenden Menschen gerecht. Die CDU-Stadtratsfraktion stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2015/2016, dem Stellenplan für beide Jahre sowie den Beschlussvorlagen 1.5 bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 zu.

Zum Schluss gilt mein Dank allen Mitarbeitern, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren. Besonders bedanke ich mich bei der Kämmerei, die naturgemäß die Hauptlast der Haushaltserstellung zu tragen hatte. Dank auch an Kämmerer Dieter Feid, der bereitwillig Auskunft gab und das Zahlenwerk erläuterte. Gerade für die vielen „Neuen“ in unserer Fraktion war dies eine große Hilfe. Danke auch der Stadtspitze für die konstruktive Beratung.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.